

Zweckverband Bioabfallverwertung Schwanebeck (ZVS)

Beschlussvorlage ZVS

BV 6/24

1. Zweckverbandsversammlung, 24. Oktober 2024

TOP 8

Erhebung einer Sonderumlage gemäß § 11 Abs. 6 der Satzung des Zweckverbandes Bioabfallverwertung Schwanebeck

Beauftragung der Verbandsleitung mit der Erhebung und Einziehung der Sonderumlage

Der Zweckverband Bioabfallverwertung Schwanebeck ist gemäß § 11 Abs. 6 der Satzung des Zweckverbandes Bioabfallverwertung Schwanebeck i.V.m. Anlage 1 Buchstabe E der Zweckverbandssatzung berechtigt eine Sonderumlage zu erheben. Die Sonderumlage dient vorrangig für notwendige Investitionen des Zweckverbandes bzw. für Kosten zur Gründung einer Betriebsgesellschaft. Insgesamt dient die Sonderumlage dazu, notwendige Errichtungskosten zu finanzieren.

Die Sonderumlage ist anhand der gemeldeten und festgesetzten Abfallmengen zu berechnen. Demzufolge tragen die Kommunen mit einer höheren geplanten Bioabfallmenge einen größeren Anteil an der Sonderumlage. Der Aufteilungsschlüssel zwischen den Partnern sieht demnach wie folgt aus:

<u>Kommune</u>	<u>Abfallmenge</u>	<u>Anteiliger Prozentsatz</u>
Landeshauptstadt Potsdam	8.700 t	23,02 %
Stadt Brandenburg an der Havel	2.600 t	6,88 %
Landkreis Havelland	12.000 t	31,75 %
Landkreis Ostprignitz-Ruppin	3.000 t	7,94 %
Landkreis Stendal	11.500 t	30,42 %
Gesamt	37.800 t	

Weiterhin ist zu beachten, dass die Sonderumlage sich in zwei Bestandteile aufteilt, die einzeln aufzulisten sind:

Zweckverband Bioabfallverwertung Schwanebeck (ZVS)

1. Die Kosten für die Gründung einer operativen Betriebsgesellschaft, insbesondere das aufzubringende Stammkapital sowie sonstige Gründungskosten.
2. Geschäftsführungskosten für die Zeit vor der gemeinsamen Abfallverwertung.

Gemäß § 3 Abs. 1 des abgestimmten Gesellschaftsvertrages der Betriebsgesellschaft „Bioabfallverwertung Schwanebeck GmbH“ beträgt das Stammkapital der Gesellschaft 250.000 Euro. Da die Abfallbehandlungsgesellschaft Havelland mbH ebenfalls an der Betriebsgesellschaft mit einem Prozent beteiligt wird, verringert sich der auf die kooperierenden Gemeinden aufzuteilende Betrag auf 247.500 Euro.

Die Verbandsleitung führt die Geschäfte der laufenden Verwaltung des Zweckverbandes, § 9 Abs. 3 Zweckverbandssatzung. Hierzu gehört auch die Festsetzung und Erhebung der Zweckverbandsumlagen.

Die Zweckverbandsversammlung beschließt:

Die Verbandsvorsteherin oder der Verbandsvorsteher wird beauftragt, die Sonderumlage gemäß § 11 Absatz 6 der Zweckverbandssatzung i. V. m. Anlage 1 Buchstabe E der Zweckverbandssatzung für jedes Zweckverbandsmitglied einzeln festzusetzen und zu erheben.

Vorsitzende/r